

## Euro – Ehe ohne Treuebeweis

VON JOSEF JOFFE

Komisch, absurd oder schon bizarr? Der Euro wird die Bundesrepublik gründlicher umpflügen als es die „Schicksalsentscheidungen“ der letzten vier Jahrzehnte getan haben. Aber es herrscht bloß mürrische Ruhe im Land, ganz im Gegensatz zum Aufruhr über Wiederbewaffnung, Westbindung, Neue Ostpolitik und Nachrüstung. Diese „Weichenstellungen“, wie es neudeutsch heißt, wurden heftig debattiert und bitter bekämpft, jahrelang, bis die Mehrheit im Parlament sich durchsetzte.

Aber der Euro? Da gabs die „Stahlhelmer“ in der FDP, die Gauweilers („Esperanto-Geld“) in der CSU, die das nationale Resentiment zu reiten versuchten – gottseidank vergebens. Da gibt es den raunenden Bundesbankchef Tietmeyer, der in feinziselierten Kadenzen seine Abneigung gegen den Euro durchscheinen läßt, aber nie das gewaltige Gewicht seiner Autorität in die Waagschale werfen wird – auch nicht im nächsten Mai, wenn es zum Schwur kommt. Es dozieren Pro- und Contra-Professoren. Es gibt eine SPD, die es nicht so richtig weiß, und eine Kanzlerpartei, die es umso besser versteht, die lebenswichtige Debatte auf die hinterste Herdplatte zu verbannen.

### Im knirschenden Zug

Und dann gibt es die Herren Stoiber (Bayern) und Biedenkopf (Sachsen). Der eine plädiert für Verschiebung bis 2001, der andere für eine „Verlobung“ von fünf Jahren, damit die Staaten beweisen, daß sie es ernst meinen mit der wirtschaftspolitischen Tugend – Konvergenz und Gleichlauf –, die das logische Fundament einer Währungsunion sind. Mag sein, daß die beiden noch andere Rechnungen aufgemacht haben, daß der eine mit einer gedämpft-nationalen Politik seine Bayernwahlen 1998 zu gewinnen trachtet, daß der andere seinem „Parteifreund“ Kohl eins auswischen will.

Aber über ihre wahren Intentionen zu spekulieren, schafft noch nicht ihre Argumente aus dem Weg, die mindestens so bedenkenswert sind wie das begeisterte Ja der Export- und Finanzwirtschaft. Die freut sich zu recht auf einen Markt ohne Kursrisiko bei den Ausfuhren und den langfristigen Investitionen. Und für die Groß-Banker und -Versicherer ist der Euro der Traum schlechthin: Ein riesiger Markt, größer noch als der amerikanische, wo jede Police, jedes Finanzpapier nur noch in einer einzigen Währung ausgestellt wird. In diesem Sturmwind werden die Dämme brechen, die nationale Märkte eingehegt haben. Auch in Europa wird es, wie in Amerika, nur eine tonangebende Börse geben, nur einen Finanzmarkt, der das Kapital in die profitabelsten Bereiche lenkt und die Besten und Größten florieren läßt wie noch nie.

Doch löst der Verweis auf eine strahlende Zukunft noch nicht das Problem einer schwärzlich-gefleckten Vergangenheit. Damit eine Währungsunion ohne Souveränitätsfusion funktioniert, müssen sich die Staaten wirtschaftspolitisch so verhalten, als wären sie schon ein einziger. Die einen dürfen nicht Schulden machen, während die anderen das

Staatsäckel fest zubinden; Frankreich darf nicht Beschäftigungspolitik treiben, derweil Deutschland, nehmen wirs an, Steuern und Ausgaben senkt. *Das* war der Sinn der Maastrichter Kriterien, nicht diese oder jene Stelle hinterm Komma.

Man hätte das Defizit-Kriterium genauso gut bei einem oder fünf Prozent, das Schuldenkriterium bei 40 oder 80 Prozent vom Inlandsprodukt festschrauben können. Der entscheidende Punkt ist: Alle im Euro-Zug müssen zur selben Zeit im gleichen Tempo in dieselbe Richtung fahren; sonst reißt das Ding auseinander oder entgleist.

An diesem Punkt setzt die Biedenkopf-Kritik an: Seit fünf Jahren fahren wir im Maastricht-Zug, aber er knirscht und schlängert. Wir sind nicht dort, wo wir spätestens 1998 sein wollten. Gewiß gibt es keine wilden Ausreißer unter den Waggons, und die Tempo-Unterschiede haben sich verringert. Aber dies schon zum Beweis Euro-gemäßer Tugend zu verklären, ist eher ein rhetorischer Kunstgriff. Die Inflationsrate fällt überall im Westen, seit zehn Jahren, und das hat wenig mit dem Euro zu tun – es sei denn, man will auch den Sinkflug in Amerika und England mit Beitrittsgelüsten erklären.

Tatsache ist, daß überall kräftig oder kreativ geschummelt wird, um die Hürde im nächsten Jahr nehmen zu können. Die einen verkaufen Staatsbetriebe, die anderen werten ihre Goldreserven um, auf daß der Papierprofit das Defizit-Loch fülle. Frankreich wird 1998 beim Staatsdefizit näher an vier als an drei Prozent stehen – und schon denken findige Jospinisten darüber nach, fällige Steuer-rückzahlungen ein paar Monate lang zurück-zuhalten, um so die Bilanz zu schönen. Wer aber vier Jahre lang schludert und im fünften schummelt, wirkt keineswegs vertrauenswürdig. Warum sollte er auf Grund dieser Daten 1999 und danach endgültig gebessert sein?

Die Euro-Freunde sagen: Er *muß* es sein. Er darf kein Geld mehr drucken, sondern steht unter Kuratel einer mächtigen europäischen Zentralbank. Das aber setzt einen Glaubenssprung voraus: Den Staaten müßte die europäische Jacke näher sein als das nationale Hemd. Bloß: Was macht der Staat X, wenn die Arbeitslosigkeit weiter steigt? Den Europäern scheint es nicht gegeben zu sein, den amerikanischen oder englischen Weg zur Vollbeschäftigung zu gehen, der mit Deregulierung, Steuersenkung und Arbeitsmarkt-Reform gepflastert war. Also wird X noch mehr Geld für Beschäftigung und Arbeitslose ausgeben. Er wird noch mehr Schulden machen oder, im Namen europäischer Solidarität, Geld von den anderen fordern.

So funktioniert zwischen Bayern und Bremen, zwischen den alten und neuen Bundesländern – eine „Transferunion“. Aber wird es auch zwischen Deutschland und Frankreich funktionieren? Was zwischen den Staaten fehlt, ist eine „Solidaritätsunion“, in welcher derlei sich richtig und rechtens anfühlt. Oder nüchterner: Es fehlen ein gemeinsamer Staat und eine gemeinsame Identität. Ob sich diese mit der Währungsunion zusammenschweißen lassen? Vielleicht, aber weiser wäre es, nicht sein Sozialprodukt dar-

auf zu verwetten.

### **Drohung mit der Guillotine**

Besser wäre es, eine *beweiskräftige* Probe-fahrt einzulegen – sagen wir, Biedenkopfs fünf Jahre – , in denen die Staaten ohne Buchhaltertricks zeigen, daß sie sich einem gemeinsamen Willen unterwerfen. Tun sie es, bleiben also Wirtschafts- und Währungs-politik auf demselben Gleis, ist der Euro nur noch eine Formalität. Denn sie hätten sich dann längerfristig so verhalten, als hätten sie den Euro schon: mit festen Kursen und einer harmonisierten Finanz- und Steuerpolitik. Auch die ärgsten Zweifler hätten so keine

Argumente mehr.

„Wenn nicht jetzt, dann nie“ lautet die gängige Replik. Das heißt aber, daß selbst die Befürworter zweifeln – also befürchten, daß nur die „Guillotine“ von 1998 die notwendige Disziplin wie in einem verzweifel-ten Endspurt erzwingt. Und danach, wenn man keuchend im Euroclub-Sessel sitzt? Eine Verlobung, in der man ohne Seitensprünge die Treue beweist, ist besser als eine Heirat unter Kalenderdruck. Denn eine Schei-dung kann mörderisch sein, das Klima zwi-schen Ex-Partnern böseartig vergiften. Europa würde dabei mehr riskieren als bei einem Mittelstrecken-Probelauf.